

Eine andere Frage ist die *Kolonialfrage*. Die Resolution der Sektion von Sidi-del-Abas, so klein diese Gruppe auch ist, ist ein Skandal. Die Resolution besagt: In der Kolonialfrage gehen wir mit den Moskauer Thesen auseinander. Die Resolution besagt ferner: man dürfe eine Revolte, dazu noch die siegreiche Revolte der Eingeborenen in den Kolonien nicht gestatten, denn wenn man sich von der Herrschaft der französischen Bourgeoisie befreit, kehrt man zum Feudalismus zurück und die französischen Kommunisten Algiers dürfen nicht dulden, daß die Eingeborenen sich von der französischen Bourgeoisie befreien und in den Feudalismus zurückfallen.

Keine zwei Stunden, keine zwei Minuten darf man Genossen in der Partei dulden, die die Mentalität von Sklavenhaltern haben und die wünschen, daß sie Poincaré unter der wohlthätigen Herrschaft der kapitalistischen Zivilisation halte.

Redner kommt schließlich auf die Parole der Einheitsfront zu reden und schließt: Die Losung der Arbeiterregierung bedeutet in erster Linie die unbedingte Unabhängigkeit unserer Partei. Diese Unabhängigkeit muß rasch erlangt werden. Ich bin überzeugt, daß die schmerzlichen Auseinandersetzungen, die wir in der Kommission mit den französischen Genossen hatten, und die ich Ihnen hier in Form eines Berichtes unterbreitete, sich nicht mehr wiederholen werden. Wir wollen hoffen, daß wir auf dem nächsten Kongreß eine einheitliche, homogene, revolutionäre Partei haben werden. (Langanhaltender Beifall.)

## NEUNUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 2. DEZEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Kolarow.

Redner: Cachin, Renoult, Souvarine, Renaud Jean, Canellan, Trotzki, Humbert-Droz, Kusunen, Eberlein, Schüller.

MARCEL CACHIN gibt im Namen des Zentrums der französischen Partei eine *Erklärung* ab. Der Bericht enthalte eine außerordentliche Kritik über die Mehrheit der Partei. Diese Kritik sei einseitig, denn sie lasse die Linke unberührt. Der Berichterstatter habe einen Satz Frossards auf dem Pariser Kongreß mit belastenden und an den Haaren herbeigezogenen Schlüssen gedeutet. Die Wahrheit ist aber die, daß Frossard wie wir alle bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Internationale auf Schwierigkeiten gestoßen ist, die nur zu berechtigt waren. Das meiste Unheil haben aber die inneren Fraktionskämpfe angerichtet.

Wir werden zu unserer Partei zurückkehren und ihr den Urteilspruch des 4. Kongresses übermitteln. Sie hat von vornherein erklärt, sich ihm unterwerfen zu wollen.

DANIEL RENOULT gibt im Namen seiner Fraktion folgende *Erklärung* ab: Die Unterzeichneten erklären die Beschlüsse des 4. Kongresses als Ganzes anzunehmen. Sie verpflichten sich, in den verschiedenen Fragen die Beschlüsse des Weltkongresses als Richtschnur

zu betrachten. Gleichzeitig begrüßen die Unterzeichneten den Anschluß der C. G. T. U. an die Rote Gewerkschaftsinternationale als Verheißung einer neuen Ära in der Zusammenarbeit des Kommunismus mit den Gewerkschaften. Sie geben bereitwillig zu, daß die verschiedenen Fraktionen, auch die von ihnen vertretenen mit eingeschlossen, sich zu mehr oder weniger ernsten Vergehen gegen die Disziplin haben hinreißen lassen. Der gute gemeinsame Wille wird Rückfälle verhüten müssen. Die Unterzeichneten verwerfen jede Solidarität mit jenen, die direkt oder indirekt die Internationale angegriffen haben.

Unterzeichnet: Duret, R. Lespagnol, Level, Daniel, Renoult, G. Werth.

BORIS SOUVARINE gibt die *Erklärung* ab: Die Linke ist mit den von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen einverstanden und stimmt für sie. Sie ist stolz darauf, in der Orientierung und in den wichtigsten Aktionen ihrer Politik die Anerkennung der Internationale zu besitzen. Die Linke wird in ihrem Verhalten fortfahren.

Unterzeichnet: Béron, Marthe Bigot, Lauridan, Rieux, Rosmer, Souvarine, David, Laporte, Péeju, Pért.

RENAUD JEAN erklärt, daß er einige der von der Kommission vorgeschlagenen Beschlüsse für gefährlich hält. Zwar sind sie in gewisser Hinsicht gerechtfertigt, aber die Wahl des Zentralkomitees seitens des 4. Kongresses bildet einen ernsten Präzedenzfall, der neue Schwierigkeiten hervorrufen könnte. Die Maßnahmen gegen die Parteimitglieder, die gleichzeitig der Freimaurerei oder der Liga für Menschenrechte angehören, drohen als ein Bruch jenes Kontraktes zu erscheinen, der die K. P. an die Internationale bindet. Doch obgleich ich moralisch gegen diesen Beschluß bin, den ich vor der Kommission bekämpfte, verpflichte ich mich, im Sinne der Disziplin alles zu tun, um die Verwirklichung dieses Beschlusses zu sichern.

CANELLAN (Brasilien) protestiert gegen den Vorschlag, keine Debatten zur französischen Frage zu eröffnen und erklärt, gegen die dem Kongreß vorgelegten Resolutionen zu stimmen.

Der Vorschlag des Präsidiums, keine Debatte zu eröffnen, wird angenommen. Das *Schlußwort* erhält Gen.

TROTZKI: 1. Ich sehe mich genötigt, in der Deklaration unseres Genossen Renaud Jean, in der er über die Designierung der Mitglieder des Zentralkomitees durch den Weltkongreß spricht, ein Mißverständnis zu beseitigen. Diesen Antrag stellten die Delegationen der Fraktionen der französischen Partei selbst und zwar im vollen Einvernehmen der Kommission mit den Fraktionen. Die drei verschiedenen Listen wurden von den Fraktionen aufgestellt. Es gelang dann eine gemeinsame Liste aufzustellen, diese Liste ist der Antrag, auf dessen Grundlagen die drei Fraktionen sich verpflichtet haben, die Einwilligung des Nationalrates der französischen Partei zu erlangen. Das ist die einzige Möglichkeit, die persönlichen Kämpfe aus der Welt zu schaffen.

2. Von Seiten des Zentrums macht man mir den Vorwurf, daß ich die Irrtümer und Fehler der Linken, besonders die Demissionen, unerwähnt gelassen habe. Ich betrachte diese Frage durch die Erklärungen der Linken in der großen Kommission als erledigt. Die Linke gab zu diesem Punkt eine Erklärung ab, in der sie die Lage

auseinandersetzt, die sie zur Demission veranlaßte. Ihre Organisationskommission wird ihnen übrigens einen Vorschlag unterbreiten, der ein für allemal die Möglichkeiten der Demissionen ausschließt.

3. Es handelt sich um eine Erklärung des Zentrums über das Fraktionswesen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Fraktionswesen für jede Partei ein schweres Übel bedeutet. Ich versuchte, in meiner Rede auseinanderzusetzen, daß dieses Fraktionswesen eine traurige Folge einer traurigen Lage ist.

In einigen Wochen wird der Nationalrat der französischen Partei zusammentreten, der den Beschlüssen organisatorischer Natur den letzten Schliff verleihen wird. Dann wird hoffentlich der Fraktionskampf auch ein Ende haben und die französische Partei für immer zur einheitlichen Partei werden. (Beifall.)

VORSITZENDER läßt über den politischen Antrag der Kommission abstimmen, der einstimmig *angenommen* wird.

HUMBERT-DROZ verliest die Resolution der französischen Kommission. Das Zentralkomitee wird bestehen aus: Zentrum: 10 Mitglieder; 3 Ersatzmitglieder; Linke: 9 Mitglieder, 2 Ersatzmitglieder; Richtung Renault: 4 Mitglieder, 1 Ersatzmitglied; Minorität Renaud Jean: 1 Mitglied; Jugend: 2 Vertreter mit beschließender Stimme.

*Presse*: 1. Der Kongreß bestätigt das bereits beschlossene Presse-regime; 2. ohne Unterschrift erscheinen die Leitartikel, die den Leser täglich mit den Ansichten der Partei bekanntmachen; 3. den kommunistischen Journalisten ist es verboten, an bürgerlichen Blättern mitzuarbeiten.

Das *Parteisekretariat* wird auf paritätischer Grundlage von einem Genossen vom Zentrum und einem von der Linken versehen.

Was die *Bezüge der Parteifunktionäre* betrifft, so wird eine Kommission eingesetzt, um diese Frage zu regeln.

Unter Posten, die für die ehemaligen *Freimaurer* verboten sind, sind solche Posten zu verstehen, deren Inhaber ermächtigt sind, die Ideen der Partei mit Wort und Schrift mehr oder weniger selbständig zu vertreten.

Außer diesen Maßnahmen enthält die Resolution eine Reihe organisatorischer und personeller Verfügungen.

Die Resolution wird bei der Abstimmung *angenommen* gegen 2 Stimmen und zwar jene von Brançon (Frankreich) und Canellan (Brasilien), bei einer Stimmenthaltung.

Der VORSITZENDE teilt mit, daß Viktor Méric wegen antimilitaristischer Propaganda zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Der Kongreß drückt dem Verurteilten seine Sympathien aus und legt Protest ein gegen die konterrevolutionäre Justiz Frankreichs. Der Kongreß schreitet dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

#### *Die spanische Frage.*

HUMBERT-DROZ erstattet Bericht über die Arbeit der spanischen Kommission, die auf Wunsch der spanischen Delegation eingesetzt wurde, und begründet die von dieser Kommission unterbreitete

#### *Resolution,*

die im wesentlichen wie folgt lautet:

1. Die K. P. Spaniens, die in der Februarsitzung der Erweiterten Exekutive mit Frankreich und Italien gegen die Einheitsfronttaktik stimmte, erkannte bald ihren Fehler und brachte schon im Mai anläßlich des großen Streiks der Stahlbetriebe die Einheitsfronttaktik in Anwendung.

2. Der 4. Weltkongreß konstatiert mit Freuden, daß die durch Disziplinlosigkeit hervorgerufene Krise mit der Befestigung der inneren Disziplin der Partei glücklich beendet ist.

3. Die spanische Arbeiterbewegung steht gegenwärtig im Zeichen des Verfalles der syndikalistischen und anarchistischen Ideologie und Bewegung. Heute verlassen die enttäuschten Arbeitermassen diese Bewegung und die Führer, die die Massen auf diese Weise irreführt haben, gleiten im raschen Tempo zum Reformismus hinüber. Eine der Hauptaufgaben der K. P. besteht darin, die enttäuschten Massen zu gewinnen, und jene anarcho-syndikalistischen Elemente, die zum Bewußtsein der Irrigkeit ihrer Lehre gelangt sind, an sich zu ziehen, indem sie den Neoreformismus der syndikalistischen Führer bloßstellen.

Die K. P. muß jedoch vermeiden, ihrer durch die Erfahrung des spanischen Proletariats selbst widerlegten Ideologie prinzipielle und taktische Konzessionen zu machen.

4. Der spanischen Gewerkschaftsbewegung muß unsere Partei mehr Aufmerksamkeit und Mühe zuwenden. Die K. P. muß in sämtlichen Gewerkschaftsorganisationen eine intensive und methodische Propaganda für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Spanien einleiten. Die Gewerkschaften müssen ihre Solidarität mit den Ausgeschlossenen dadurch manifestieren, daß sie in der alten Union verbleiben und dort energisch für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen kämpfen. Wenn trotz dieser Bemühungen Gewerkschaften und Gruppen ausgeschlossen bleiben, muß die K. P. diese veranlassen, der nationalen Konföderation beizutreten. Die der nationalen Konföderation angehörenden Kommunisten müssen dort in Verbindung mit der Gewerkschaftskommission der Partei ihre Zellen bilden.

Um den Kampf um die gewerkschaftliche Einheit richtig führen zu können, muß die K. P. ein gemischtes Komitee für die Einheit der spanischen Gewerkschaftsbewegung einsetzen, die zugleich ein Propagandazentrum und ein Zentrum zur Vereinigung der Gewerkschaften beider Organisationen und der autonomen Gewerkschaften sein werden, die für das Prinzip der Einheit sind.

Die Resolution wird einstimmig *angenommen*. Der Kongreß schreitet zu dem Punkt:

#### *Die dänische Frage.*

KUUSINEN: Die dänische kommunistische Bewegung ist aus zwei Quellen entstanden: einmal aus dem oppositionellen Flügel der sozialdemokratischen Jugendbewegung und dann aus dem revolutionären Flügel der Syndikalisten. Vor etwa einem Jahre gab die Exekutive der K. I. die Direktive, eine Einheitspartei zu gründen. Da erfuhren wir plötzlich, daß dort eine vollständige Spaltung in sehr scharfen Formen vor sich gegangen ist, und zwar zu einer Zeit, da in Dänemark der Generalstreik vom Februar d. J. sich abspielte. Die Exe-

kutive forderte von beiden Seiten nachdrücklichst die Vereinigung. Sie setzte zunächst eine interskandinavische Vereinigungskommission ein. Im August d. J. kamen dann von beiden Seiten Vertreter nach Moskau. Die Exekutive der K. I. hielt noch immer an der Forderung der Vereinigung fest. Die Vertreter der beiden Seiten erklärten, daß sie sich diesen Direktiven der Exekutive fügen würden. Ein Teil der alten Partei hat sich doch gegen diese Vereinigung gestellt und appelliert jetzt an den 4. Kongreß mit dem etwas eigentümlichen Vorschlag, der Kongreß möge bis auf weiteres *keine* der Parteien anerkennen. Das Präsidium ist jedoch der Meinung, daß Dänemark ein allzu kleines Land ist, als daß dort zwei kommunistische Parteien bestehen könnten. Die Kommission schlägt Ihnen folgende

#### *Resolution*

vor:

1. Der Kongreß erklärt, daß die jetzige Kommunistische Partei Dänemarks, die als eine Vereinigung der kommunistischen „Einheitspartei“ und eines Teils der sogenannten alten Partei in Übereinstimmung mit den Direktiven der Exekutive der K. I. gebildet worden ist und die auch im übrigen alle Beschlüsse der K. I. loyal durchgeführt hat, als die einzige Sektion der K. I. in Dänemark anerkannt wird. Nur ihr Hauptorgan „Arbeiderbladet“ und andere von dieser Partei anerkannte Zeitungen sind als kommunistische Parteizeitungen anzusehen.

2. Der Kongreß fordert noch alle außerhalb dieser vereinigten Partei gebliebenen kommunistischen Organisationen auf, sich dieser Partei anzuschließen.

Solche Organisationen und Mitglieder der sogenannten alten Partei, die sich im Laufe der nächsten drei Monate für den Anschluß an diese Vereinigte Kommunistische Partei entschließen und sich bereit erklären, alle Beschlüsse dieser Partei und ihrer Parteileitung wie auch die Beschlüsse der K. I. loyal auszuführen, sollen ohne weiteres in die Partei aufgenommen werden.

Der Antrag wird einstimmig *angenommen*.

EBERLEIN: Es liegt ein *Antrag der österreichischen Delegation* vor, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Ersatz eines vom Kongreß gewählten Mitgliedes des E. K. der K. I. durch ein anderes Mitglied derselben Sektion der K. I. kann nur in Ausnahmefällen und nur mit Zustimmung der Erweiterten Exekutive erfolgen“.

Ein anderer Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß bestätigt, daß alle kommunistischen Organe wie bisher verpflichtet sind, alle Dokumente der Exekutive (Aufrufe, Briefe, Resolutionen usw.) sofort abzdrukken, wenn die Exekutive es fordert“.

Dieser zweite Antrag wird *angenommen*; der der österreichischen Delegation abgelehnt gegen eine Stimme.

Redner verliest dann den dem Kongreß vorgelegten Plan der

*Reorganisation der Exekutive und ihrer weiteren Tätigkeit*, dessen wesentliche Züge in folgendem bestehen:

Der Weltkongreß findet, wie bisher, alljährlich statt. Die Kosten tragen die Parteien. Gebundene Mandate sind unzulässig.

Die Exekutive wird vom Kongreß gewählt und besteht aus einem Präsidenten, 24 Mitgliedern und 10 Ersatzmännern; von den Mitgliedern müssen mindestens 15 ständig ihren Sitz in Moskau haben. Die Erweiterte Exekutive wählt eine Orientabteilung, ein Orgbüro, eine agitatorisch-propagandistische Abteilung und eine Abteilung für Statistik und Organisation, die dem Orgbüro untersteht.

Die Exekutive sendet in besonderen Fällen Bevollmächtigte in einzelne Länder, die mit den weitesten Vollmachten ausgestattet sind.

Die internationale Kontrollkommission bleibt bestehen. Für das kommende Jahr überträgt der Kongreß diese Funktion der deutschen und der französischen Sektion.

Der Kongreß bestätigt, daß alle kommunistischen Organe verpflichtet sind, alle Dokumente der Exekutive sofort abzdrukken, wenn die Exekutive es fordert.

Es ist erwünscht, daß die wichtigsten Sektionen benachbarter Länder zwecks gegenseitiger Information und Arbeitskoordinierung eine gegenseitige Vertretung unterhalten

Der Kongreß verurteilt aufs Entschiedenste die Fälle von Demissionen, die seitens einzelner Genossen verschiedener Parteizentralen und ganzer Gruppen solcher Mitglieder erfolgt sind. Jedes führende Amt in einer K. P. gehört nicht dem Mandatsträger, sondern der Kommunistischen Internationale in ihrer Gesamtheit. Der Kongreß beschließt: gewählte Mitglieder zentraler Körperschaften können ihr Mandat nur mit Zustimmung der Exekutive niederlegen; Demissionen ohne Zustimmung der Exekutive sind ungültig.

Das Internationale Frauensekretariat bleibt, wie bisher, bestehen; die Exekutive bestimmt die Frauensekretärin und im Einverständnis mit dieser alle weiteren organisatorischen Maßnahmen.

Der Kongreß beauftragt die Exekutive, eine Vertretung der K. I. in der Jugendinternationale herzustellen und mit der Zentrale der Profintern die Formen der gegenseitigen Verbindung der Komintern und Profintern auszuarbeiten.

Der Kongreß bestätigt die Statuten, die vom 2. Kongreß angenommen worden sind und beauftragt die Exekutive auf Grund der neu gefaßten Beschlüsse dieses Statut zu vervollständigen. Diese Arbeit muß rechtzeitig ausgeführt, allen Parteien zur Vorberatung zuge stellt und vom 5. Kongreß endgültig bestätigt werden.

Die Reorganisationsthesen werden gegen eine Stimme des brasilianischen Delegierten *angenommen*.

SCHÜLLER unterbreitet die

*Resolution über die Kommunistische Jugendinternationale*, in der die Richtlinien für die kommunistische Arbeit unter der Jugend angegeben werden. Da heißt es unter anderem:

Die Kommunistische Internationale erklärt die unbedingte Notwendigkeit der Einheitsfront zwischen der jugendlichen und erwachsenen Arbeiterschaft und ruft die kommunistischen Parteien und die Arbeiter der ganzen Welt auf, die Forderungen der arbeitenden Jugend im Kampf gegen die Offensive des Kapitals, den bürgerlichen

Militarismus und die Reaktion energisch zu vertreten. Durch innige Zusammenarbeit zwischen Partei und Jugend auf allen Gebieten, durch ständige Heranziehung der kommunistischen Jugendorganisationen zum politischen Leben der Parteien müssen in der kommunistischen Jugendbewegung das politische Interesse und die politischen Kräfte lebendig erhalten bleiben.

Die kommunistische Bildungsarbeit erhält durch die Umstellung der K. J. O. in der Richtung zu breiten Massenorganisationen eine große Bedeutung. Der Kongreß hält es für notwendig, daß die Parteipresse den Kampf der K. J. O. sowohl durch Einräumung von regelmäßig erscheinenden Jugendbeilagen und Jugendrubriken als durch ständige Berücksichtigung des Lebens und Kampfes der Arbeiterjugend im übrigen Teil des Blattes mehr als bisher unterstützt.

Die bürgerliche Welt, deren Bemühungen an dem Klassenbewußtsein der erwachsenen Arbeiterschaft und der revolutionären Arbeiterjugend Widerstand findet, sucht besonders die Kinder der Arbeiterklasse zu vergiften und ihr zu entfremden. Deshalb kommt der Organisation und Förderung der kommunistischen Kindergruppen große Wichtigkeit zu.

Besonders innige Zusammenarbeit zwischen der K. I. und der Partei ist in jenen Ländern notwendig, wo die kommunistische Bewegung durch die Reaktion zur Illegalität gezwungen ist.

Die Resolution wird einstimmig *angenommen*.

VORSITZENDER macht die Berichtigung, daß Genosse Méric zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

## DREISSIGSTE SITZUNG

AM 4. DEZEMBER 1922. VORMITTAGS.

Vorsitz: *Neurath*.

Redner: *Sinowjew, Bordiga, Serrati, Graziadei, Radek, Sturc, Smeral*.

### *Die italienische Frage.*

SINOWJEW: Genossen, wenn der Geschichtsschreiber der proletarischen Revolution das letzte Jahrzehnt, in dem wir leben, wird charakterisieren müssen, wird er sagen: es war das letzte Jahrzehnt der Herrschaft der Bourgeoisie, als das Proletariat zahlenmäßig stark genug war, um das bürgerliche Regime zu stürzen, als aber dieses zahlenmäßig starke Proletariat geistig und politisch zu schwach war, um seine Aufgaben lösen zu können. Das ist die Lehre der Jahre 1914 und 1919, und diese Tatsache ist besonders in Italien klar vorauszusehen.

1914 hat die Sozialdemokratie statt die Arbeitermassen zu führen, die Arbeitermassen verführt. Die Sozialdemokratie der II. Internationale stellte sich zwischen die Arbeitermasse und die Bourgeoisie. Im Jahre 1919—20 war die Stimmung der Arbeitermassen vollkommen revolutionär. Ich kann nicht umhin, Ihnen aus einem Bericht Serratis etwas zu zitieren, der in einem Schreiben an die Exekutive der K. I. 1920 u. a. sagt: „Was

die Massen anbelangt, so wuchs ihre Gereiztheit und Unzufriedenheit mit Abschluß des Waffenstillstandes mit jedem Tag, wobei sowohl die Gründe als auch die Ausdrucksformen nicht wirtschaftlicher, sondern sozialistischer Art waren, was sich am deutlichsten in ihrer ständigen Losung äußerte wir wollen nicht für die Besitzer arbeiten!“

Die Partei wuchs in unerhörtem Maße. Die S. P. I. hatte Anfang 1914 58 900 Mitglieder. Im Jahre 1919 stieg die Mitgliederzahl auf 83 000 und 1920 betrug sie 216 000. Einen ähnlichen Prozeß hat die Gewerkschaftsbewegung durchgemacht. Anfang des Krieges zählten die Gewerkschaften nur 320 000 Mitglieder, 1919 schon 1 150 000 und 1920 gar 2 150 000 Mitglieder. Die Masse hatte Vertrauen zu den Gewerkschaften, hoffte, daß die Gewerkschaften und unsere Partei sie zum Kampf und Siege führen würden.

Es schien, als ob unsere Partei auf der Höhe stünde und wirklich bereit wäre, zum Sprachrohr der rebellierenden proletarischen Massen zu werden. Aber es ist anders gekommen. Nach allen Beschlüssen der Parteitag in Bologna tauchte die Frage auf, ob die Reformisten in der Partei bleiben sollen oder nicht, und da mußten wir das große Schauspiel erleben, daß die Mehrheit beschloß, die Reformisten sollen in der Partei bleiben. Die italienischen Menschewiki haben gezeigt — das muß man ihnen zugeben —, daß die politische Equilibristik ihre erste Eigenschaft ist. Turati und D'Aragona erklärten, sie bleiben in der Partei, fügen sich der Partei, wollen mitmachen und sind auch für die Revolution. D'Aragona und eine Anzahl anderer kamen unter Führung Serratis nach Rußland. Ich habe selbst aus dem Munde D'Aragonas Reden gehört, die in dem Ruf „Es lebe der Kommunismus“ ausklangen. Das war allerdings zu der Zeit, als die III. Internationale anfang, Mode zu werden. Ich erinnere mich sogar eines spanischen Professors, De Los Rios, der nach Moskau kam und die Aufnahme in die K. I. verlangte, dabei offen gestand: „Ich bin Reformist, aber die spanischen Arbeiter drängen, sie wollen zur III. Internationale.“

Nun, die italienischen Arbeiter drängten. Es kam zu den Herbstereignissen, wo die italienischen Arbeiter anfangen, die Fabriken zu besetzen. Und da hört, wie Sie wohl wissen, die Gemütlichkeit auf. Wenn man jetzt jenes Kapitel aufschlägt, die Besitzergreifung der Fabriken, den Anfang zur Bildung von Roten Garden, und wenn man denkt, welche Rolle die Reformisten dabei gespielt haben, so fragt man sich: kann es noch offenkundigeren Verrat geben?!

Fünf Tage und fünf Nächte — buchstäblich dauerten die Beratungen der Gewerkschaftsführer und der Zentrale der S. P., fünf Tage und fünf Nächte, zu einer Zeit, da die Arbeitermassen schon Fabriken besetzt hatten und auf weiteren Kampf drängten. Als es schließlich zur Abstimmung kam, an der anderthalb Millionen Arbeiter teilnahmen, wurde, nach all den Verrätereien der Gewerkschafts- und der Parteiführer, nur mit einer ganz knappen Mehrheit beschlossen, die Kämpfe abzubrechen. D'Aragona kam in die Sitzung noch ganz warm von den Umarmungen der Bürgerlichen. Die Reihenfolge war: zuerst Beratung im bürgerlichen Ministerium, dann Beratung in der Confederazione del Lavoro, dann Beratung in der Sozialistischen Partei.

Was war die Rolle der K. I. in all diesen Kämpfen? Mit Stolz, Genossen, können wir konstatieren, daß die K. I. die Lage vollkommen klar